

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

22.4.1927 (No. 93)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkonten:
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Koenig,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung, Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausschreibung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Monatsblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Wirtschaftliche Umschau

Das Finanzjahr 1926/27 (vom 1. April 1926 bis 31. März 1927) hat im Reich mit einem Überschuss gegenüber dem Voranschlag von rund 489 Mill. M. abgeschlossen, der zum größten Teil aus Zolleinnahmen herrührt. Davon erhalten die Länder rund 275 Millionen und von dem Reich verbleibenden 214 Mill. ist ein Betrag von 200 Mill. bereits durch Reichstagsbeschluss in den neuen Etat 1927/28 eingeseht. Die Gesamteinnahmen betragen 7174 Millionen Mark. Von den Steuern hat die Einkommensteuer den Erwartungen entsprochen. (Voranschlag 2100 Mill., Aufkommen 2253 Mill.). Die Körperschaftsteuer ergab 382 Mill. gegen einen Voranschlag von 250 Mill. Die Vermögenssteuer blieb zurück 359 Mill. gegen 400 Mill., ebenso Erbschaftsteuer 34,6 Mill. gegen 60 Mill. und Umsatzsteuer 864,7 gegen 974 Mill. Mehreinnahmen erbrachten u. a. ferner die Kraftfahrzeugsteuer 105,1 Mill. gegen 70 Mill., Versicherungssteuer 46 Mill. gegen 36 Mill. Den größten Mehrertrag brachten wie gesagt, die Zölle, 940,4 Mill. gegen 580 Mill., die Tabaksteuer brachte 712 Mill. gegen 655 Mill. Auch das Branntweinmonopol brachte ein Mehr von 55 Mill. gegen den Voranschlag. Das Mehraufkommen an der Börsenumsatzsteuer zeigt den günstigen Verlauf des Börsenjahres.

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß der Etat sehr vorsichtig aufgestellt war, zumal im Verlaufe des Etatsjahres noch nachträglich die Einnahmen um 220 Mill. erhöht wurden. Nur wenig besagen die Zahlen über Wert und Unwert des gegenwärtigen Steuersystems selbst. Es sei hier nur an die Kürzlichkeit von uns wiedergegebenen Ausführungen des Abg. Diez (Radolfzell) über die Branntweinbesteuerung erinnert, die viel höhere Erträge bringen könnte, wenn das Branntweinmonopol nicht lediglich als Preisbildung für die norddeutschen Brennereien eingerichtet wäre. Auf die Mängel bei der Erhebung der direkten Steuern hat der Reichsfinanzminister selbst hingewiesen und bereits vor dem endgültigen Finanzausgleich Reformen in die Wege geleitet. Außerdem zeigt uns freilich das Ergebnis des Finanzjahres, daß trotz aller noch vorhandenen Mängel des Steuerwesens der Wiederaufbau der Finanzen und der Wirtschaft im Fortschreiten ist. Dabei stand das Jahr unter dem Zeichen der Steuerensenkung, die sich damit als gerechtfertigt erwiesen hat.

Die deutsche Handelsbilanz im März hat sich wie aus den an anderen Stellen wiedergegebenen Ziffern ersichtlich ist, im Vergleich zum Februar gebessert, wenn sie auch mit einem Einfuhrüberschuß im Werte von 244 Mill. Mark (Februar 339 Mill. Mark) weiter sehr bedenklich passiv geblieben ist. Erfreulich ist die Steigerung der Ausfuhr, die allerdings zum Teil wohl auch saisonbedingt war. Die Einfuhr gewerblicher Rohstoffe hat vielfach eine kräftige Steigerung erfahren, es kommt darin die bessere Beschäftigung unserer Industrie zum Ausdruck. Die Zunahme der Fertigwarenausfuhr (um 59 Mill.) erstreckt sich auf Textilwaren, Walzwerkzeugnisse, Eisenwaren, Maschinen, elektrotechnische Artikel, Chemikalien, Farben und Pelze.

Der Rückgang der Arbeitslosenziffern — er beträgt zwischen 1. März und 1. April rund eine halbe Million, auch wenn man die Krisenunterstützten einrechnet — straft fast die kürzliche Mitteilung des Instituts für Konjunkturforschung, daß der Aufschwung der Wirtschaft „nur zögernd fortschreite“, Lügen. Es ist allerdings nicht zu vergessen, daß gegenwärtig die Landwirtschaft und der Baumarkt große Mengen freier Arbeitskräfte aufnehmen. Aber auch in einer Reihe anderer Industrien, vor allem in der elektrischen, Textil- und Metallindustrie zeigen sich kräftige Besserungssymptome. Einschließlich der Krisenunterstützten hatten wir Anfang März über 2 Millionen Arbeitslose und ihre Zahl betrug am 1. April knapp 1 1/2 Millionen. Dabei hat außerdem die Kurzarbeit nach der Statistik der Gewerkschaften zweifellos abgenommen. Auch ein Vergleich mit den Verhältnissen des Vorjahres zeigt eindeutig die Besserung, denn die Ziffer der Bollerwerbslosen lag am 1. März 1926 um rund 300 000 höher als am 1. März 1927. In diesem Jahr zeigt sich die Besserung darin, daß am 1. April die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um 700 000 niedriger war als zu Beginn des Jahres.

Wir haben freilich immer noch 1 1/2 Millionen Arbeitslose, eine inhaltsschwere Zahl, die, wie alle statistischen Zahlen jedoch auch nicht nur nackt betrachtet werden darf. Es darf nämlich die Zunahme der erwerbstätigen Frauen und der Zusammenbruch des Kleinrentnerstandes nicht übersehen werden, wenn wir die heutigen Verhältnisse mit denen der Vorkriegszeit vergleichen. Man kann annehmen, daß heute annähernd doppelt so viel Frauen in einer Reihe von Gewerbezweigen tätig sind, als vor dem Krieg. Die gewerbliche Betriebszählung vom 15. Juni 1925 hat u. a. ergeben, daß sich in der Zeit von 1907 bis 1925 der Anteil der Frauen in der Industrie um 36 Proz., in Handel und Verkehr um 42 Proz. erhöht hat. Auch unser stehendes Heer nahm ja in der Vorkriegszeit über eine halbe Million junger Menschen für Jahre auf, und da die Kriegsverluste infolge des Heranwachsenden neuer Arbeitskräfte nicht voll in Erscheinung traten, drückte der Wegfall der allgemeinen Dienstpflicht auf den Arbeitsmarkt.

Natürgemäß kann keine wirtschaftliche Konjunkturbesserung in gleichmäßigem Anstieg vor sich gehen. Ein, wenn auch langamer, Anstieg ist bei verschiedenen Unternehmungszweigen schon seit Anfang des vorigen Jahres zu konstatieren, aber wir wissen, wie die notwendigen Rationalisierungsmaßnahmen zunächst auf die Wirtschaftslage der Arbeitnehmerschaft einwirken mußten. Die Arbeitnehmer beginnen nun erst langsam auf ihrerseits die Besserung der Wirtschaftslage zu verspüren, indem jetzt die Erwerbslosigkeit fühlbar zurückgeht und es ihnen auch gelingt, Lohnerhöhungen durchzusetzen. Freilich deuten sich bereits auch schon wieder gewisse Folgen dieser Lohnerhöhungen an, die als Rückschläge wirken können. So wird nun mitgeteilt, daß infolge der Erhöhung der Stundenlöhne der Reichsarbeiter, die für die Reichsbahn eine Mehrbelastung von 50 Mill. in diesem Geschäftsjahr bedeuten, im Beschaffungsprogramm Einschränkungen, zum mindesten Streckungen der Lieferfristen in Aussicht genommen werden müßten, trotzdem damit gerechnet werde, daß die Einnahmen den Voranschlag übersteigen werden.

Ein anderes Hemmnis zeigt sich in verschiedenen, die Konjunkturbesserung begleitenden Tendenzen zu Preiserhöhungen, die zusammen mit den notwendigen Mieterhöhungen die Lohnerhöhungen schließlich illusorisch machen müßten. Eine Erhöhung der Eisenpreise, von der in letzter Zeit viel gesprochen wurde, wird ja nun zunächst nicht eintreten, Stahlwerksverband und Rohstoffgemeinschaft haben, nicht zuletzt infolge des Widerstandes der verarbeitenden Industrie, davon abgesehen. Man wies mit Recht darauf hin, daß eine Preiserhöhung mit der nun in der Schwerindustrie durchgeführten Rationalisierung in Widerspruch stehe. Die Zementindustrie hat kürzlich Gerüchte über bevorstehende Preiserhöhungen demontiert und ebenso sind in der Biegelindustrie trotz starker Zusammenschlußbewegung bisher nur lokale Preiserhöhungen zu verzeichnen. Gerade von einer stabilen Preislage dieser Produkte hängt die so wünschenswerte Verstärkung der Bautätigkeit in hohem Maße ab. Für die Unternehmungen ist es übrigens wichtig, daß die Preissteigerungen nicht den Konjunkturaufstieg hemmen. Sie müssen sie schon deshalb im eigenen Interesse, auch wo sie sich als unumgänglich erweisen sollten, soweit als möglich begrenzen, denn Rückgang des Konsums würde auch die Rationalisierungsmaßnahmen unwirksam machen und eine solche unzulässige Ausnutzung der Konjunktur müßte sich bald bei den betreffenden Industriezweigen in ihrem Absatz selbst rächen. Das im Interesse der gesamten deutschen Volkswirtschaft Wünschens- und Erstrebenswerte ist Vergrößerung des Umlages bei stetigen Preisen.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen. Entgegen einer Meldung des „B. Z.“ erklärt der „Berl. Lokanz.“, daß von einer Unterbrechung der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen aus Anlaß erheblicher Schwierigkeiten nicht gesprochen werden könne. Die Aussetzung der Verhandlungen sei lediglich im Zusammenhang mit dem Osterfest erfolgt. Die Mitglieder der deutschen Delegation, die sich während der Osterfeiertage in Berlin aufhalten haben, haben die Gelegenheit ihrer Anwesenheit in Berlin auch dazu benutzt, sich mit weiteren Instruktionen zu versehen.

Die Gebäudeversicherungsumlage für 1926

Vom Verband bad. Gemeinden wird uns geschrieben:

Durch die Tagespresse gingen Artikel, die sich über die Höhe der Gebäudeversicherungsumlage für 1926 mit 18 Pf. von 100 RM. Versicherungssumme ausließen, und die offenbar von städtischer Seite herrührten, denn es wurde Klage über die Prämienungleichheit in der Gebäudeversicherung geführt und die Forderung erhoben, daß alsbald Befreiungsklassen zum Zwecke der Entlastung der städtischen Gebäude eingeführt werden müßten. Es ist dort wörtlich ausgeführt: „Es ist ja eine allgemein bekannte Tatsache, die nicht besonders hervorzuheben zu werden braucht, daß die Brandschäden auf dem Lande und in den kleinen Städten ein Vielfaches von jenen in den Großstädten ausmachen und in einem großen Mißverhältnis zu den in den Land- und kleineren Stadtgemeinden aufkommenden Beiträgen stehen. Woher dies kommt, liegt klar auf der Hand. Einmal ist die Möglichkeit von Großbränden in den Großstädten schon infolge der im allgemeinen massiven und soliden Bauweise weit geringer als auf dem Lande; dann aber verfügen die Großstädte über einen mit allen Errungenschaften der Neuzeit ausgestatteten Feuer- schutz, dessen schnelles und sicheres Funktionieren in Brandfällen fast immer größeren Schaden verhilft. Die natürliche Folge davon ist, daß die von der Gebäudeversicherungsanstalt für Brandschäden in Großstädten zu leistenden Entschädigungen nur einen kleinen Bruchteil dessen ausmachen, was die Gebäudeeigentümer dieser Städte an Versicherungsbeiträgen aufbringen. Mit anderen Worten: Die Gebäudeeigentümer der Großstädte zahlen viel zu hohe Umlagen zugunsten jener in den Land- und kleineren Stadtgemeinden. Bei der Würdigung dieser Tatsache darf weiter nicht übersehen werden, daß die Gemeindesteuerzahler und damit größtenteils wieder die Gebäudeeigentümer in den Großstädten durch die gemeindlichen Aufwendungen für das Feuerlöschwesen schwer belastet sind. Es sei z. B. nur darauf hingewiesen, daß die Stadt Karlsruhe für die laufenden Bedürfnisse des Feuerlöschwesens im Jahre 1925 rund 190 000 RM. aufgewendet hat und der voranschlagsmäßige Aufwand hierfür im Jahre 1926 rund 220 000 RM. und für 1927 rund 250 000 RM. betrug. Hierzu kamen in diesen drei Jahren die außerordentlichen Aufwendungen für den Bau eines neuen Feuerwehrgebäudes mit rund 643 000 RM. und den Bau von vier Dienstwohngebäuden mit etwa 332 000 RM. Es sind also, wie man sieht, gewaltige Opfer, die auch auf diesem Gebiete die Großstädte im Endes zugunsten der ländlichen Bezirke bringen. Ist es unter solchen Umständen unbillig, wenn die Gebäudeeigentümer der Großstädte die jetzige Umlage als eine große Last empfinden und ihre Herabsetzung verlangen? Sicherlich nicht!“

Hierzu ist folgendes zu sagen: Bis zum Jahre 1902 bestand in der Gebäudeversicherung das sogenannte Ortsklassensystem, das die einzelnen Gemeinden je nach der Höhe der ausbezahlten Brandentschädigungen in mehrere Klassen mit verschiedenen Prämienhöhen eingeteilt hat. Dieses System ist aber, da es sich keineswegs bewährt hat, durch das Gebäudeversicherungsgezet vom Jahre 1902 zugunsten einer völligen Prämienungleichheit aufgehoben worden, nachdem der erweiterte Verwaltungsrat der ehemaligen Generalbrandkasse am 14. Januar 1902 einstimmig die Aufhebung beschlossen hatte. Zur Begründung wurde dem Sinne nach angeführt:

1. Die staatliche Gebäudeversicherungsanstalt ist ihrem Zweck und Wesen nach eine Anstalt für das ganze Land, ein Institut staatlicher sozialer Fürsorge, welche auf die Solidarität der Interessen von Stadt und Land gegründet ist, und bei welchem das Unterstützungsprinzip gegenüber dem reinen Versicherungsprinzip, das Leistung und Gegenleistung streng abhebt, in den Vordergrund treten muß.

2. Ein nach versicherungstechnischen Grundsätzen konsequent durchgeführtes Gefahrenklassensystem, das sämtliche für die Beurteilung der Feuergefahr eines Gebäudes in Betracht kommenden objektiven und subjektiven Momente entsprechend berücksichtigt, wie es bei der Privatfeuerversicherung die Regel ist, paßt nicht in den Rahmen einer staatlichen Feuerversicherung, denn die Verwaltung der Anstalt wäre dadurch nicht nur erheblich verteuert, sondern auch verunmündlicht.

3. Wenn die Eigentümer der großstädtischen Gebäude im Vergleich zur Gefahrengröße wirklich eine höhere Prämie zu zahlen haben als die Bewohner des flachen Landes, so muß berücksichtigt werden, daß die Städte ihrerseits dem Land so manche Ursache ihres Wohlstandes zu danken haben, so daß schon die Billigkeit von ihnen fordert, zur Unterstützung anderer minderbegüterter Landesteile beizutragen. Sehr viele und wertvolle Staatsanrichtungen in den großen Städten werden nämlich auf gemeinsame Kosten sämtlicher Steuerzahler unterhalten, so daß auch hierdurch schon eine relativ geringe Mehrbelastung gerechtfertigt ist.

Das sind Gründe, die zweifellos auch heute noch stichhaltig sind und bei Beurteilung der Dinge Beachtung finden müssen. Nun kommt aber noch hinzu, daß der Einführung von Befreiungsklassen die Neueinschätzung eines jeden einzelnen Gebäudes vorausgehen muß, die im ganzen, wie amtlich angegeben wird, einen Zeitraum von mindestens 10 Jahren erfordert und einen gewaltigen Millionenaufwand verursachen wird, den man sich jedoch nur leisten kann, wenn der erstrebte Erfolg in jeder Beziehung gesichert ist. Welches ist aber dieser Erfolg? Die städtischen Hauseigentümer werden zwar einen geringen Teil an eigentlichen Prämien ersparen, dafür aber ein Vielfaches für Verwaltungskosten entrichten müssen. Die Höhe der Umlage würde sich dadurch noch weiter steigern, während doch in Wirklichkeit eine Entlastung beansprucht wird. Aber abgesehen davon sind die Risiken in den kleineren Städten

Mit der Beilage: 24. Antiklicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

gemeinden und in den Landgemeinden überhaupt nicht viel größer als in den Großstädten, weil fast überall auf dem Lande massive Gebäude mit Hartdachung in offener Bauweise vorhanden sind, die nicht wesentlich höher zur Prämie bezogen werden können als die städtischen Gebäude. Die Holzbauten mit Weichdachung auf dem Schwarzwald, die in der Hauptsache für eine höhere Prämie in Betracht kämen, machen heute höchstens 12 Proz. des gesamten Versicherungsanschlages aus und verringern sich von Tag zu Tag, so daß sie eine wesentliche Entlastung der städtischen Eigentümer nicht bringen werden. Die oftmals aufgestellte Behauptung, daß die Städte die Gebäudeversicherungsumlage für die Landbewohner tragen, ist hiernach durchaus nicht richtig, wenn auch zugegeben werden soll, daß die Städte gut ausgebildete Berufsfeuerwehren besitzen, welche die ausgebrochenen Brände meistens im Entstehen löschen. Andererseits ist aber zu beachten, daß auch auf dem Lande nach und nach die Schindel- und Strohdächer völlig verschwinden und massiven Bauten mit Hartdachung Platz machen, daß die Petroleumlampe durch das elektrische Licht ersetzt wurde, daß überall gute Brunnenanlagen bzw. Wasserleitungen und in letzter Zeit auch Automobilenfeuerlöscher, in der Regel von mehreren Gemeinden angeschafft, vorhanden sind, die meistens ebenso rasch zur Stelle sind wie in den Städten. Man überschätzt also stark den Unterschied im Risiko nach den Bauarten zwischen Stadt und Land. Wie kommt es nun aber, daß trotzdem die Gebäudeversicherungsumlage mit 18 Pf. verhältnismäßig hoch ist und wer hat in der Tat den Vorzug der Prämienvergleichheit?

Die staatlichen und privaten Gebäudeversicherungsanstalten Norddeutschlands, die konkurrierend nebeneinander bestehen (ein Versicherungsamt bei der staatlichen Anstalt besteht dabei nicht), versichern die Gebäude im allgemeinen zu den gleichen Sätzen wie die Rohnisse, mitunter noch etwas billiger. Dort werden für 100 RM. Versicherungswert bezahlt:

- a) für Gebäude ohne gefahrerhöhende Gewerbe- oder Landwirtschaftsbetriebe in Städten mit guten Löscherhältnissen 3,5-4 Pf.
- b) für die gleichen Gebäude in Städten mit weniger guten Löscherhältnissen und auf dem Lande 5-6 Pf.

Die große Masse der Gebäude ohne gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieb müßte hiernach mit 3,5-6 Pf. zur Prämie herangezogen werden und nur für etwa 12 Proz. (Holzbauten, Schindeldächer) betrüge der Prämienatz mehr, während die bauliche Gebäudeversicherungsumlage bekanntlich allgemein auf 18 Pf. festgesetzt ist. Auf dem Gebiet der privaten Feuerversicherung, die streng nach versicherungstechnischen Grundsätzen verfährt, ist aber, und hierin liegt das Entscheidende, die Bauart nicht so sehr von Bedeutung als die Verwendungsart der einzelnen Gebäude, weil Gewerbe und Industrie mit feuergefährlichen oder leicht entzündbaren Gegenständen arbeiten. Diese Tatsache ist gerade für Baden, das neben Thüringen und neben dem Rheinland das stärkste industrialisierte Gebiet Deutschlands ist, von besonderem Interesse. Der Prämienatz beträgt daher bei Gebäuden mit Gewerbe 15-50 Pf. und für die Industrie 12-200 Pf.; die Textilindustrie beispielsweise bezahlt 30-50 Pf., die Holzindustrie 80-200 Pf. Für landwirtschaftliche Gebäude von massiver oder guter Fachwerkbauart unter harter Dachung werden 12,5-17,5 Pf. und für landwirtschaftliche Gebäude mit Strohdach oder Schindeldachung 30-50 Pf. verlangt.

Da die Industrie und das Großgewerbe aber in der Hauptsache in den Großstädten sich befinden, werden die Inhaber dieser Betriebe durch die Prämienvergleichheit viel mehr entlastet als die paar Eigentümer von Holzbauten auf dem Schwarzwald. Wir sind daher der Auffassung, daß die Einführung der Gefahrenklassen nach Bauart und Verwendungsart der Gebäuden im ganzen eine wesentliche Entlastung der kleinen Stadtgemeinden und der Landgemeinden bringen würde. Das Explosionsunglück in Oppau zum Beispiel hat mehr als 50 Millionen Mark Gebäudeschaden verursacht, der nur auf städtische Gebäude entfiel und im Jahre 1920 allein 1,40 M. Umlage notwendig gemacht hat. Auffallenderweise hat man bisher von den Gefahren, welche Industrie und Gewerbe für die Gebäude bilden und in der Gebäudeversicherung, genau wie es in der Jahresversicherung geschieht, zum Ausdruck kommen müßten, nicht viel gehört. Selbst die amtliche Denkschrift vom Jahre 1922 enthält nur eingehende Angaben über Bauart und Dachung, nicht aber über die Verteilung der Risiken, welche durch gewerbliche und industrielle Betriebe, durch feuergefährliche- und elektrische Anlagen entstehen. Auch das Explosionsunglück in Oppau ist darin nicht erwähnt. Diese Gefahren sind aber, wie jeder Versicherungssachmann weiß, für die Tarifierung nach den Grundsätzen der Versicherungstechnik von ausschlaggebender Bedeutung. Hieran ändert auch die Tatsache nichts, daß in einzelnen Jahren die an die kleineren Stadtgemeinden und Landgemeinden bezahlten Brandentschädigungen ab und zu höher sind, als die einbezahlten Gebäudeversicherungsumlagen. Eine einzige Explosion in der Stadt, und wenn sie nur alle 10 Jahre stattfindet, schafft sehr rasch wieder einen Ausgleich zum Nachteil des Landes.

Die Landbevölkerung hätte also eigentlich keinen Grund, die Gefahrenklassen, d. h. die Einführung des reinen Versicherungsprinzips, in der Gebäudeversicherung zu befürworten, sie fürchtet nur, daß eine staatliche Anstalt in der Tat nur mit ungebührlichen Kosten und nur unter den größten verwaltungsmäßigen und finanziellen Schwierigkeiten in der Lage wäre, sich umzusetzen, abgesehen davon, daß es überhaupt kein System gibt, das alle befriedigt und Anspruch auf Gerechtigkeit machen kann, und daß unter der Herrschaft des Versicherungsprinzips es sich auch nicht gut rechtfertigen ließe, einen Zwang zur Versicherung der Gebäude in einer staatlichen Anstalt mit Monopolstellung auszuüben, der beim Unterstützungsprinzip wohl noch am Platze ist. Allerdings hätte eine reine Versicherungsanstalt den Vorzug, daß sie sich von dem Anlageverfahren (Schuldbetragungsverfahren ohne namhafte Kapitalwirtschaft), das bekanntlich im Gegensatz zum Prämienverfahren nicht unbedeutende finanzielle Gefahren in sich birgt, weil die Umlage ihrer Natur nach eine steigende Tendenz hat, abzuwenden und im allgemeinen an die sonst in der Privatversicherung üblichen Prämienätze halten müßte, so daß schon dadurch eine gewisse Gewähr gegen eine Überspannung der Prämien bestünde. Auch im Entschädigungsverfahren müßte sie mehr nach den Grundsätzen des Versicherungsprinzips vorgehen und die Entschädigung entsprechend den Vorschriften des Gesetzes über den Versicherungsvertrag vom 30. Mai 1908, RMBl. S. 263, lediglich nach dem tatsächlichen Schaden festsetzen, wodurch dann wohl manche Brände und Aufwendungen von selbst verhütet werden würden. Da aber in Baden eine auf dem Unterstützungsprinzip beruhende staatliche Feuerversicherungsanstalt mit Zwangsversicherung besteht, wird man an ihr wohl festhalten müssen, ohne aber darauf zu verzichten, Leistung und Gegenleistung in Vergleich mit privaten Gebäudeversicherungsgesellschaften zu stellen. Von der Einführung der Gefahrenklassen allein versprechen wir uns jedenfalls, im ganzen gesehen, keine Kostensenkung zum Nachteil des flachen Landes, sondern eher zu Ungunsten von Groß-

gewerbe und Industrie in den Städten. Die öffentliche Verwaltung würde aber dann in so hohem Maße kompliziert gemacht werden, daß sie nicht mehr im Einklang stünde mit dem immer lauter werdenden Forderungen nach Vereinfachung der Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden, die erst jetzt wieder von dem neuen Reichsfinanzminister Dr. Höpfer bei seinem Dienstantritt als dringend notwendig bezeichnet worden ist.

Politische Neuigkeiten

Der deutsche Außenhandel im März

Der deutsche Außenhandel zeigt im März 1927 im reinen Warenverkehr einen Einfuhrüberschuß von 244 Millionen Reichsmark gegen 339 Mill. RM. im Februar. Dieser Rückgang um 95 Millionen RM. ist auf die Steigerung der Warenausfuhr um 86 und den Rückgang der Wareneinfuhr um 9 Mill. RM. zurückzuführen. Im einzelnen hat die Ausfuhr von Lebensmitteln um vier Millionen RM., von Rohstoffen um 23 Mill. RM. und von Fertigwaren um 59 Mill. RM. zugenommen. Dagegen ist die Einfuhr von Lebensmitteln um 25 Mill. RM. zurückgegangen, die Einfuhr von Rohstoffen aber um neun Millionen RM. und von Fertigwaren um sieben Millionen RM. gestiegen.

Internationales Arbeitsamt und Einzelhandel

Das Internationale Arbeitsamt in Genf hatte für die Novembertagung des Vorbereitungsausschusses für die Internationale Wirtschaftskonferenz eine Denkschrift betreffend „Ergebnisse einiger Erhebungen zur Auffassung eines Vergleiches zwischen dem Verteilungswert des Privathandels und denen der Konsumgenossenschaften“ ausgearbeitet. In dieser Denkschrift werden — an der Hand von 5 Beispielen für Deutschland — Kreise, welche die Konsumvereine aus ihrem Bereich festgelegt haben, mit denen des ortsansässigen Einzelhandels verglichen, wobei die des Einzelhandels über denen der Konsumvereine liegen.

Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels hat nunmehr eine umfangreiche Gegenschrift ausgearbeitet, aus der anhand von Preisvergleichen aus 44 deutschen Städten und von 800 Waren eine Gleichwertigkeit, in vielen Fällen sogar eine Überlegenheit des Einzelhandels in der Verpflegung der Bevölkerung mit guten und billigen Nahrungsmitteln eindeutig hervorgehen dürfte. Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels hat diese Denkschrift den Vertretern Deutschlands auf der Internationalen Wirtschaftskonferenz als Material zugeleitet.

Die Wahlen in Oesterreich

Am Sonntag finden in ganz Oesterreich die Neuwahlen zu dem auf Grund eines Nationalratsbeschlusses vor Ablauf seiner normalen jährigen Gesetzgebungsperiode aufgelösten Nationalrat und in einigen der neun Bundesländer außerdem die Landtagswahlen statt. Zur Durchführung der Nationalratswahlen ist Oesterreich in 25 Wahlkreise geteilt. Bei den letzten Nationalratswahlen im Jahre 1923 wurden 82 Christlichsoziale, 68 Sozialdemokraten, 10 Großdeutsche und fünf Vertreter des „Landbundes für Oesterreich“ gewählt. Für die bevorstehenden Nationalratswahlen sind folgende Parteien (größere Parteien oder von Gruppen von Parteien) angemeldet: Einheitsliste (d. h. Christlichsoziale, Großdeutsche und kleinere bürgerliche Parteien), Sozialdemokraten, Landbund für Oesterreich (d. h. Deutschnationale Freisinnige Agrarier) und mehrere Listen kleiner Sonderparteien, darunter die Kommunisten. Im ganzen sind 165 Wähler zu wählen. Bestimmten, die nach der ersten Ermittlung der einzelnen Listen zufallenden Mandate verbleiben, werden in einem späteren zweiten Ermittlungsverfahren Berücksichtigung.

Poincaré über die Sprachenfrage in Elsaß-Lothringen

Der französische Ministerpräsident Poincaré hat sich am Donnerstag in einer Rede in Straßburg ausführlich mit der Sprachenfrage beschäftigt. Er erklärte, man habe den Glauben erwecken wollen, daß Frankreich den elsässischen Dialekt zum Verschwinden zu bringen suche, oder verhindern wolle, daß der Religionsunterricht in deutscher Sprache gegeben werde. Alles das sei falsch, und es werde falsch bleiben nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Wirklichkeit. Kinder müßten deutsch schreiben können überall da, wo ihre Angehörigen auch deutsch sprechen. Sie müßten auch deutsch sprechen können, weil sie einem Grenzlande angehörten, wo die deutsche Sprache sogar vor 1870 gesprochen wurde. Vielleicht müßte man sogar zwischen den einzelnen Ortschaften noch Unterschiede machen. Dieses Wort zu „unternehmen“, habe er den neuen Direktor der Universität aufgefordert und dieser habe sich dazu bereit erklärt.

Finanzkrise in Japan

Aus Japan wird von einer Finanzkrise berichtet, die das Geschäftsleben fast zum Stillstande brachte. Die Regierung will helfend eingreifen. Ein Sturm auf die Banken der Tokioer Banken hat verschiedene Bankinstitute gezwungen, ihre Kassen zu schließen. In der Provinz soll die Panik noch größer sein. In der Borse herrscht Panikstimmung. Die Vereinigung der Banken hat einstimmig beschlossen, an die Regierung eine Petition zu richten, die Lage durch eine laienliche Verordnung zu retten, da sonst die schlimmsten Folgen für das japanische Wirtschaftsleben zu befürchten seien.

Neue Mittel für den Mainzer Dom. Der Finanzausschuß des Hessischen Landtages hat eine Regierungsvorlage angenommen, durch die die Wiederherstellungsarbeiten am Mainzer Dom durch ein Darlehensverhältnis zwischen Reich und Staat geregelt werden.

Rücklauf eines Lloydampfers. Der auf Grund des Waffensstillstandes seitenszeit in England ausgelieferte Lloydampfer „Jepelin“, der im Jahre 1914 auf der Bremer Vulkanwerft erbaut wurde und unter englischer Flagge unter dem Namen „Ormus“ lief, ist vom Norddeutschen Lloyd zurückgekauft worden. Der Lloydampfer „Jepelin“ umfaßt 14 588 Brutto-Registertonnen und 8082 Netto-Registertonnen. Das Schiff wird den Namen „Dresden“ erhalten.

Der Berliner Kraftdroschkenstreik ist beendet, nachdem der Schiedspruch für verbindlich erklärt wurde. Die Organisation der Kraftdroschkenbesitzer planen für den Sonntag eine große Kundgebung zur Einführung der Nummernperze. Falls diese vom Polizeipräsidenten nicht genehmigt werden sollte, wollen die Kraftdroschkenbesitzer die Betriebe für Montag still legen, weil sie den Schiedspruch für das Droschken-gewerbe unter den jetzigen Verhältnissen für untragbar halten.

Kurze Nachrichten

Die Weltwirtschaftskonferenz. Wie die Blätter erfahren, rechnet man in unterrichteten Kreisen damit, daß die Weltwirtschaftskonferenz, die am 4. Mai in Genf beginnt, ihre Arbeit nach mehrwöchiger Generaldebatte in die Ausschüsse verlegen wird, die von Zeit zu Zeit auch gemeinschaftliche Sitzungen abhalten werden. Die Sachverständigengruppe besteht außer den von den Regierungen ernannten Herren aus einem Mitglied der Internationalen Handelskammer und Frau Dr. Lüders, die vom Völkerbund ernannt worden ist.

Eröffnung einer Luftfahrtkonferenz. „Morning Post“ meldet, daß am 28. April in London eine englisch-französisch-belgisch-holländische Luftfahrtkonferenz eröffnet werden wird. Das Hauptinteresse an dieser Konferenz liegt in dem Umstand, daß auch Deutschland daran teilnehmen werde, und es werde in amtlichen Kreisen für wahrscheinlich gehalten, daß diese deutsche Teilnahme den Eintritt Deutschlands in die viel wichtigere Kommission für Luftfahrt bedeuten könnte. Wie das WTB. dazu von ausländischer Seite berichtet, handelt es sich bei der Konferenz lediglich um Besprechungen über technische Fragen.

Zusammenlegung von Reichwehrgarnisonen. Bei der Reichstagsdebatte über den Reichswehretat war die Zusammenlegung von Garnisonen angeregt worden. Diese Anregung wird, wie der demokratische Zeitungsdienst meldet, gegenwärtig im Reichswehrministerium verfolgt. Das Ministerium ist grundsätzlich für eine solche Zusammenlegung. Es ist allerdings zu beachten, daß diese Änderung, obwohl sie mit der Zeit eine Verbesserung des Apparates bedeuten würde, anfangs finanzielle Schwierigkeiten verursachen würde. Zusammenlegungen kommen dort in Frage, wo ein Bataillon Infanterie räumlich stark getrennt ist.

Ein verprügelter Landtagsabgeordneter. Vor einiger Zeit hatte der kommunistische Landtagsabgeordnete Schulz im preußischen Landtag gegen die Ehefrau des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Hierroth schwere persönliche Angriffe gerichtet. Als Retter der Ehre ihrer Mutter hatten die beiden Söhne Hierroth vor dem Landtagsgebäude Schulz mit Hundepöscheln angegriffen und bis zum Potsdamer Platz getrieben. Gegen die Angreifer waren polizeiliche Strafbefehle in Höhe von je 80 M. erlassen worden. Hiergegen hatten sie Einspruch erhoben. In der Gerichtsverhandlung waren die Angeklagten nicht erschienen. Statt ihrer war ein Schreiben eingelaufen, wonach sie ihren Einspruch gegen die Strafbefehle zurückzogen.

Revolvententat auf den früheren österreichischen Finanzminister. Gegen den früheren österreichischen Finanzminister Colmann in Hainburg wurde nach einer Wählerbesprechung ein Revolverattentat verübt. Auf das Auto Colmanns wurden Revolvergeschosse abgegeben, die jedoch ihr Ziel verfehlten.

Börsen und Märkte

Börse. Auf das stürmische Kauffeuer vor Ostern, trat nach den Osterfeiertagen ein gewisser Umschwung an der Börse ein. Trotz der langen Feiertagspause war der Ordereingang nur gering und schon ein kleines Angebot genügte, um Kursrückgänge herbeizuführen. Die Gesamtstimmung war uneinheitlich und unsicher. Die Spekulation neigte übermäßig zu Abgaben. Auch das Bankpublikum, das übertriebene Engagements angekauft hatte, schritt zu Realisationen. Die periodischen, zum Teil sehr skeptischen Monatsberichte deutscher Großbanken fanden große Beachtung. Die weiterhin gespannte Geldmarktslage und Gerüchte über Zurückziehung größerer Beträge von Reichsbankgeldern veranlaßten weitgehende Zurückhaltung. Da inzwischen wieder Rückläufe erfolgten, ferner die feste Haltung der Auslandsbörsen, deren Tendenz auf die Lage der deutschen Börsen wieder etwas mehr Einfluß hat, einwirkte, hat sich der Markt wieder etwas gebessert. Die einzelnen Kursbesserungen sind aber noch sehr bescheiden. Elektrowerte waren gut behauptet. Bei Montanwerten erfolgten Kursrückführungen durch Wärendeckungen. Gedrückt lagen Bankaktien. Der Anleihemarkt war sehr still.

Der Geldmarkt war zum Mediotermin ziemlich verknapp. Anscheinend war für den Zahlungstag doch nicht ausreichend vorgesorgt worden. Es wurden aber nur die Privatbankfächer erhöht; die Reichsbank blieb es bei den bisherigen Sätzen.

Produktenmarkt. Die Getreidemärkte waren sehr fest und die Preise erhöht. Nach den Feiertagen vermochte sich aber der Handel nur langsam zu entwickeln. Die Hofenmärkte waren fast ganz geschäftslos. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 274 (+3), Roggen 257 (+3), Wintergerste 206 (unv.), Sommergerste 245 (unv.), Hafer 222 (+6) Markt je pro Tonne und Mehl 36 1/2 (-1/4) Markt pro Doppelzentner.

Warenmarkt. Auf den Ledermärkten ist eine ansteigende Preisstendenz zu bemerken. Die letzten Versteigerungen für Rohhäute und Felle hatten durchweg festere Tendenz. Auf den Metallmärkten ist die Tendenz wieder abwärts gerichtet. Das Geschäft hat keinen nennenswerten Umfang angenommen. Die Rohstoffgewinnung überstieg im März mit 855 500 Tonnen sämtliche Monatsziffern seit Kriegsende. Die Konjunkturberichte und Industrieabschlüsse lauten nach wie vor in der Mehrzahl günstig.

Verschiedenes

Eine Bombenexplosion bei Madrid

Während eines Feuerwerks auf dem Arsenalplatz zu Madrid ist eine Bombe, die einer der Feuerwerkstüftler in einem Körfer untergebracht hatte, explodiert. Einem jungen Mann wurde dabei der Kopf abgerissen. Drei Personen erlitten zum Teil schwere Verwundungen. Drei sind bereits ihren Verletzungen erlegen. Sieben dieser Verletzten müßten beide Beine abgenommen werden. Ihr Zustand ist hoffnungslos. Bei der ausgebrochenen Panik hat sich ein Teil in den in der Nähe befindlichen Fluß hineingestürzt. Dabei sind drei Personen ertrunken.

Aber das Eisenbahnattentat in Mexiko

wurden genauestens Einzelheiten bekannt. Außer der 17 Mann starken Bedeckung sind 190 Personen getötet worden. Präsident Calles hat befohlen, die Banditen tot oder lebendig gefangen zu nehmen. Die militärische Bedeckung des Zuges leistete den Banditen einen 34-tägigen heftigen Widerstand, bis der letzte Soldat getötet war. Dann stürmten die Räuber den Zug und gingen mit Messern und Revolvern gegen ihre Opfer vor, unter denen sie ein entsetzliches Blutbad anrichteten. Die Überlebenden wurden sodann in die Abteile eingeschlossen, diese selbst mit Petroleum übergossen und angezündet. Diejenigen, die verurteilt, dem Flammentod zu entgehen, wurden niedergeschossen oder ihnen mit dem Gewehrstoß der Schädel eingeschlagen.

Räumungs-Verkauf wegen Gelegenheitskäufe in 879 **E. Büchle**
Geschäftsverlegung gutem Wandschmuck für jedes Heim
zu billigsten Preisen u. erleichterten Zahlungsbed.

Inhaber: W. Bertsch
KUNST-HANDLUNG
Kaiserstraße 128

Die Statistischen Ämter der Städte
Die größeren deutschen Kommunalverwaltungen haben seit langem die Städte-Statistik sorgsam gepflegt. Gegenwärtig bestehen in Deutschland 50 städtische statistische Ämter. Neben manchen dazu noch die Ämter der drei deutschen Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck, so sind es zur Zeit 53. Die Sparfamkeit, die notgedrungen in allen Kommunalverwaltungen geübt wird, hat manche Städte veranlaßt, an der Statistik, deren Zweck nicht jedermann ohne weiteres einleuchtet, zu sparen, und der Verwaltungsabbau hat sich infolgedessen auf die statistischen Ämter in besonders starkem Maße erstreckt. Freilich haben diese Ämter in der Regel nicht nur statistische Aufgaben zu erfüllen, sondern es werden ihnen auch praktische Verwaltungsaufgaben zugewiesen, so z. B. die Bearbeitung der städtischen Verwaltungsberichte, die Leitung des Einwohneramtes, des Wahlamtes, der Preisprüfstelle usw. Von den 53 bestehenden statistischen Ämtern befaßen sich nur zehn mit der Statistik allein.

Der Direktor des statistischen Amtes der Stadt München, Professor Wilhelm Morgenroth, macht in dem „Berliner Wirtschaftsberichten“ interessante Mitteilungen über den Umfang und die Tätigkeit der städtischen statistischen Ämter. Es ergibt sich daraus, daß ihr Gesamtpersonal ohne die Ämter der drei Hansestädte sich im Jahre 1925 auf 573 Personen belief. Auf je eines der 50 städtischen statistischen Ämter entfielen also durchschnittlich nur etwa 10 bis 11 Angestellte, von denen jedoch nur je 6 ausschließlich mit statistischen Aufgaben befaßt sind. Nur bei besonders umfassenden Staatszählungen (Volkzählung und Betriebszählungen, Wohnungserhebungen usw.) wird vorübergehend ein größeres Ausschüßpersonal beschäftigt. Die Kosten der statistischen Ämter sind nicht sehr erheblich. Professor Morgenroth berechnet, daß der regelmäßige Aufwand für die gesamte Unterhaltung eines statistischen Amtes pro Kopf der Bevölkerung durchschnittlich etwa 5 bis 10 Pfennig im Jahre beträgt. Für jede Großstadt, die Wert auf eine gute Organisation ihrer Verwaltung legt, ist ein entsprechend ausgestattetes statistisches Amt aus praktischen, verwaltungstechnischen und finanziellen Erwägungen unumgänglich notwendig.

Aus der Landeshauptstadt

Flugtag. Am 1. Mai, dem Tage der Inbetriebnahme der Schwarzwaldflyglinie, wird hier ein Flugtag, veranstaltet von der Badischen Luftverkehrs-Gesellschaft, stattfinden, und zwar unter Teilnahme der bekannten Kunstflieger Kaab und Kabenstein. Vorgeführt wird u. a. ein fliegender Zug, ein Motorflugzeug als Lokomotive und ein Segelflugzeug als Wagon.

Badisches Landestheater. Hebbels Tragödie „Judith“, die von Felix Baumbach neuinstudiert, am Samstag, den 23. April zum erstenmal wieder im Spielplan erscheint, hat in den Hauptrollen eine durchgreifende Neubesetzung erfahren. So sind außer Leonore Fein („Judith“) und Paul Hiert („Holofernes“) auch die Damen Ermath, Frauendorfer, Koeßl, Möberl und die Herren Dahlen, Kloeble, Herz, Hofbauer, Leitgeb und Brüder neu in ihren Aufgaben. — Die Vorstellung beginnt um 7 Uhr und endet 9 1/2 Uhr. — Am Sonntag, den 24. April finden im Landestheater zwei Vorstellungen statt; nachmittags 3 Uhr „Tiefland“ als 16. Vorstellung für Auswärtige und abends 7 1/2 Uhr wird Bucchinis erfolgreiche Oper „Turandot“ wieder in den Spielplan aufgenommen.

Das nächste Volksinfoniekonzert, das zugleich das letzte dieser Spielzeit sein wird, findet am Montag, den 25. April, abends 8 Uhr, in der Festhalle statt. Das Programm bringt das Terzett Tremate, empj und die IX. Sinfonie von Beethoven. Es ist somit den zahlreichen Personen, die bei der Festaufführung der Sinfonie am 27. März umkehren mußten, weil der Saal überfüllt war, Gelegenheit geboten, das unsterbliche Werk zu hören. Leiter des Konzerts ist Generalmusikdirektor Krings.

Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen

	23. April		21. April	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	168.59	169.01	168.58	169.00
Kopenhagen 100 Kr.	112.42	112.70	112.44	112.72
Italien . . . 100 L.	21.62	21.68	21.62	21.68
London . . . 1 Pf.	20.460	20.510	20.463	20.513
Newyork . . . 1 D.	4.2130	4.2230	4.2135	4.2235
Paris . . . 100 Fr.	16.50	16.54	16.50	16.54
Schmelz . . . 100 Fr.	81.03	81.23	81.04	81.24
Wien . . . Schilling	59.25	59.39	59.24	59.38
Prag 100 Kr. 100	12.476	12.516	12.476	12.516

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Londoner Goldbeschaffungsstelle vom 19. April d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 11 1/2 d. bzw. für ein Gramm Feingold 82,7777 pence.

Bücheranzeige

Österr. Galanthe von gestern und heute. Herausgegeben von R. Schabach, mit Illustrationen von Johnson und Biaga. (Preis M. 2.—) Verlag Neues Verlags, Berlin (W 15). — Das Bändchen enthält eine reizende Auswahl aus der galanten Literatur alter, neuer und neuester Zeit, voll sprühendem Geist und umschmeißlicher Grazie.

Paul Bernhardt: Jazz. Eine musikalische Zeitfrage. (Mit Notenbeispielen. Gebunden 4.50 M., Deppin-Verlag, München.) — Was ist Jazz? In welchen Bedingungen ruht das Gelingen seines Weiterfolges, welcher neuen Zukunft sieht er unsere musikalische Entwicklung entgegen? Paul Bernhardt gibt in dem vorliegenden Werke auf diese Fragen zum erstenmal eine befriedigende Antwort, und zwar nicht lehrhaft und gelehrt, sondern wie ein Weltmann, der in vielen Ländern und Städten mit offenen Augen und offenen Ohren umhergezogen ist.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 23. April bis 3. Mai 1927

a) Im Landestheater:
Samstag, 23. April. * E 24. Th.-Gem. 3. S. Gr. Neueinstudiert: Judith von Hebbel. 7—9 1/2 (5.—).
Sonntag, 24. April. 16. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige: Tiefand. 3—5 1/2 (4.—).
Abends: * G 24. Th.-Gem. 801—900. Turandot. 7 1/2 bis g. 9 1/2 (8.—).
Montag, 25. April. Volksbühne 8. Das Grab des unbekanntes Soldaten. 7 1/2—9 1/2 (5.—).
Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten.
Dienstag, 26. April. * A 23. Th.-Gem. 601—700. Frollo B. D. S. Gr. 7 1/2 bis n. 10 (7.—).
Mittwoch, 27. April. * C 23. Th.-Gem. 1101—1200. Tänz. 8—10 (7.—).
Donnerstag, 28. April. * D 24 (Donnerstagniete). Th.-Gem. 1201—1300. Der Patriot. 7 1/2—10 1/2 (5.—).
Freitag, 29. April. * B 24 (nicht Freitagmiete). Neueinstudiert: Die Entführung aus dem Serail von W. A. Mozart 8 bis g. 10 1/2 (7.—).
Samstag, 30. April. * G 25. Th.-Gem. 1301—1525. Judith. 7 1/2 bis g. 10 1/2 (5.—).
Sonntag, 1. Mai. * E 25. Th.-Gem. 1. S. Gr. Lohengrin. 8 bis n. 10 (8.—).
Montag, 2. Mai. Th.-Gem. 2. S. Gr. und 701—1000. 10. Sinfoniekonzert. 8—10 (4.—).

Dienstag, 3. Mai. Volksbühne 8. Das Grab des unbekanntes Soldaten. 7 1/2 bis n. 9 1/2 (5.—).

b) Im städt. Konzerthaus:
Sonntag, 24. April. * Kreuzfeuer. 7 1/2 bis g. 10 (4.—).
Sonntag, 1. Mai. * Kreuzfeuer. 7 1/2 bis g. 10 (4.—).

c) In der städt. Festhalle:
Montag, 25. April. 6. Volks-Sinfoniekonzert: Beethoven: IX. Sinfonie. 8 bis g. 10 (3.50).
Leitung: Josef Krings — Solisten: Mary von Ernst, Magda Spiegel a. G., Robert Dub, Franz Schuster.

Vorankündigung des Badischen Landestheaters
Mittwoch, 4. Mai. Einmaliges Gastspiel Max Ballenberg mit seiner Gesellschaft: Familie Schmelz von Gustav Kadelburg.

Sonntag, 8. Mai. Einmaliges Gastspiel Blauth: Die Fledermaus von Joh. Strauß

Vorrecht. a) Bei Vorstellungen Umtausch für Inhaber von Wochestellen jeweils ab Samstag nachmittags 3 1/2 bis 6 Uhr.

b) Bei Vorstellungen außer Miete: Vorrecht der Bladmiet mit 10 Proz. Nachlaß auf die Tagespreise jeweils Samstag vormittags von 9—12 Uhr. — Die im Wochenplan genannte Abteilung hat das erste Vorrecht, die übrigen von 10 Uhr ab. — Im ersten Vorrecht wird unter den Abteilungen abgewechselt.

c) Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags.

Kartenvorverkauf. Vorverkaufsstelle des Landestheaters, Fernspe. 6288. An der Stadt: Hauptverkaufsstelle Musikalienhandlung Friz Müller, Ecke Kaiser- und Waldstraße, und Reisbüro Hermann Neple, Kaiserstraße 141. Weitere Verkaufsstellen: Hagenhandlung Fr. Drumert, Kaiserallee 29 und Kaufmann Carl Holzschuh, Weidenplatz 48.

Deutsche Theater-Ausstellung Magdeburg
Mai — September 1927.

Staatsanzeiger
Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums der Justiz

Ernannt:
Kanzleihilfe Adolf Greiter beim Amtsgericht Karlsruhe zum Kanzleihilfen, Kanzleihilfin Elsa Hüber beim Amtsgericht Weuchal zur Kanzlistin.

Befördert:
Gerichtsverwalter Philip Niebel beim Landgericht Mannheim zum Amtsgericht, Justizinspektor Jakob Böhm beim Amtsgericht Mannheim zur Staatsanwaltschaft und Justizobersekretär Haber Ziegler bei der Staatsanwaltschaft Mannheim zum Landgericht daselbst, Justizinspektor Karl Bernauer beim Notariat Pforzheim zum Amtsgericht daselbst, Justizobersekretär Hermann Haas beim Notariat Nastatt zum Notariat Pforzheim, Justizassistent Artur Weingaß bei der Staatsanwaltschaft Pforzheim zum Notariat Nastatt, Kanzleiführer Christian Rang beim Notariat Offenburg zum Notariat Haslach.

Zurückgesetzt:
Oberaufseher Lorenz Baum beim Bezirksgefängnis Nastatt.

Gestorben:
Justizassistent Albert Rothels bei der Direktion der Strafanstalten in Weuchal.
Handelslehrer Wilhelm Nicolay in Pforzheim.

Oeffentliche Sparkasse Stühlingen.

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Vermögen.		Verbindlichkeiten	
	RM		RM
1. Kassenbestand	11 826.66	1. Spareinlagen	493 535.87
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Post-scheidamt	38 291.82	2. Giro- und Kontokorrent-Einlagen	81 739.48
3. Wertpapiere	39 403.—	3. Sonstige Einlagen	—
4. Wechsel	22 475.—	4. Anleihen- und andere Schulden	78 686.70
5. Darlehen auf Hypotheken, hierunter 21324.25 M. aufgewertete Hypotheken	519 715.25	5. Ausgaberrückstände	—
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	165 062.70	6. Rücklagen	16 463.03
7. Darlehen auf Schuldscheine	61 731.—	a) gesetzl. Reservefonds	—
8. Darlehen an Gemeinden	83 892.—	b) Sonderrücklage	—
9. Einnahmerückstände	3 895.45	c) Aufwertungsstock	267 687.27
10. Grundstücke u. Gebäude	2.—	7. Reingewinn vom Jahre 1926	8 203.53
11. Gerätschaften	1.—		
	946 295.88		946 295.88

Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus RM 575 275.— Einlagen = RM 46 022.—
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1926 = RM 24 686.56
Somit weniger RM 21 335.44

Stühlingen, den 3. März 1927. R. 374
Der Vorsitzende des Verwaltungsrates. Der Geschäftsführer.
Stöcker. Fischer.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche in Böschbach ist erloschen. Die angeordneten Schutzmaßnahmen wurden aufgehoben.
Karlsruhe, den 20. April 1927. D. 3. 49
Bezirksamt Abt. IV.

Aufgebot.
R. 367. Baden. Die Stadt. Sparkasse Baden hat das Aufgebot des verloren gegangenen Hypothekenbrieves des Grundbuchamtes Baden vom 17. März 1903 über die im Grundbuch Baden Band 141, Blatt 1408 III. Abt. Nr. 2 auf dem Grundstück Rgb. Nr. 545 der Gemarlung Baden, Richtentalerstr. 39, Eigentum der Stadt. Sparkasse Baden, zu Gunsten der Frau Kaufmann Emil Gaa

Kraftloserklärung der Urkunde erfolgt wird.
Baden, 8. April 1927.
Der Gerichtsschreiber des Badischen Amtsgerichts.

Die Süddeutsche Gipshand-fabrik G. m. b. H. in Karlsruhe hat ihre Auflösung beschlossen. Als Liquidator fordere ich die Gläubiger der Gesellschaft auf, sich zu melden.
R. 323.
Karlsruhe, 29. März 1927.
Der Liquidator:
Franz Koch.

Maurer-, Beton-, Eisen- und Straßenbauarbeiten für den Umbau der Begleüberführung bei Km. 30,270 der Bahn Karlsruhe—Mühlacker in Gutingen: etwa 40 cbm Abbruch, 40 cbm Mauerwerk, 30 cbm Beton, Einbau von etwa 12000 kg Flußeisen, Verlegen von 50 qm Isolierung, 30 cbm Erdbehebung, 100 qm Pflaster und 180 qm Straßenaussparung. Beding-nisheft mit Zeichnungen liegen in meinem Geschäfts-zimmer Nr. 1 auf, wo Ab-gabe der Angebotsvorbrude gegen 3.50 RM. erfolgt. Die Angebote sind ver-schlossen und postfrei mit der Aufschrift „Umbau der Begleüberführung Km. 30,270“ bis zum 2. Mai 1927, vormittags 9 Uhr, bei unter-zeichneter Dienststelle ein-zureichen. Zuschlagsfrist zwei Wochen. Karlsruhe, den 21. April 1927. Vor-stand des Reichsbahn-Bau-amts I. R. 369

COLOSSEUM

Heute 8 Uhr
Sonntags 4 und 8 Uhr
Theater
künstlicher Menschen



Badisches Landestheater

Samstag, 23. April 1927
* E 24 Th.-Gem. 3. S. Gr.
Neu einstudiert
Judith
von Friedrich Hebbel
In Szene gesetzt von
Felix Baumbach

Judith	Fein
Holofernes	Hiert
	Bodt
	Graf
	Kühne
	Müller
	Kienscherf
	Brüder
	Kühne
	Osthold
	Mitza
	Ephraim
	Leitgeb
	v. d. Trenk
	Kienscherf
	Graf
	Rehner
	Bodt
	Gemmede
	Dr. Weidner
	Brüder
	Dahlen
	Hofbauer
	Ermath
	Kloeble
	Höder
	Gez
	Moist
	De Storz
	Osthold
	Geuter
	Ritter
	Frauenhofer
	Kühne
	Graf